

## ENDLICH LEGAL

WO IHR AB  
SOFORT EUER  
GRAS HERBEKOMMT

geklagt

Linke gegen Nietzsche

gewählt

neuer Uni-Präsi

gechillt

in neuer  
Bücherei

# LIEBE LESERINNEN,

es herrscht dicke Luft in der Redaktion. Die Birkenpollen haben uns gezwungen, den Sauerstoff zu rationieren: Stoßlüften verboten. Die Lektorin hat uns gehostet, deshalb müssen wir uns jetzt tatsächlich mit deutscher Rechtschreibung befassen. Als wäre das alles nicht schlimm genug, müssen wir die Sommerrollen jetzt in Hummus dippen – neoliberaler Sparmaßnahmen sei Dank. Währenddessen sitzt Marx mit uns in der Redaktion und raucht eine dicke Tüte Amnesia Haze. In unseren Karten ist die Redaktion nämlich nicht als Verbotzone vermerkt. Der Streit ums Layout zwischen Moritz und Johannes droht zu eskalieren. Ebenso brenzlich sieht die Situation für Catalin und Götz aus: Der Kampf um die richtigen Worte raubt uns den übrigen Sauerstoff. Die letzten Reste der Redaktion zerbrechen sich den Kopf über das Bierballturnier am 03. Mai. Heißt es Bier- oder Flunkyball? Jedenfalls seid ihr alle herzlich eingeladen.

„Wir müssen jetzt Klos stickern gehen“, fordert eine dicke Redakteurin, die gerne in der dritten Person von sich schreibt. Unseren aufmerksamen Leserinnen ist bereits aufgefallen, dass uns dieser Akt der Rebellion die sichere Exmatrikulation bringen wird. Wir halten das allerdings für eine leere Drohung. Aber falls am 16. Mai keine neue Ausgabe erscheint – ihr wisst wieso. Als das Schlusseditorial eigentlich schon lange abgeschlossen ist, bahnt sich ein Desaster an.

Gegen zwei Uhr nachts ist die Datei plötzlich defekt, der Chefredakteur steht vor einem Scherbenhaufen. „Ich hab’ Angst, dass wieder was passiert!“, ruft er verzweifelt. Ein Grund mehr, wieso keine neue Ausgabe erscheint. Gehabt euch wohl.

Die Schlussredaktion

## Darf man im Frommanschen

### Garten kiffen? S.10



Foto: Line Urbanek

Zwei angeklagte Neonazis vor dem Gerichtssaal.  
Foto: Redaktion



## INHALT

### UNI & STADT

- Daten zum Klugscheißen** 4  
Mieten, rechte Gewalt und Bafög-Amt
- Marx wird Chef der Uni** 6  
Was das für uns bedeutet
- Nazis aus der U-Haft entlassen** 7  
KO51 und Wieschke vorerst frei
- Kein Geld für die Ersti-Tage** 8  
Sparmaßnahmen der FSU

### TITEL

- Mit Recht High** 10  
Social Clubs und Graskonsum
- Wo man in Jena kiffen darf** 13  
Vorsicht, Kindergarten!

### KULTUR

- Kollision der Erwartungen** 14  
Rezension: *Bitte! Auto! Komm!*
- Ein politisches Spektakel** 15  
Rezension: *Deutschland der Extreme*

### MEINUNG

- Wehrhafte Hochschulen** 16  
Zwangsexmatrikulation für Extremisten

### UND MEHR

- Ein Dritter Ort für Jena** 18  
Neue Bücherei eröffnet

# WAS IHR IN LETZTER ZEIT VERPASST HABT

## Es heißt Flunkyball!

Ein Schlusstrich unter die Debatte



## Wo sind unsere Sticker?

Auf dem Thulb-Klo  
jedenfalls nicht mehr



**Die Namen für** das beste Trinkspiel des Sommers lassen sich grob in zwei Kategorien aufteilen: Entweder der Name hat einen Sinn oder er klingt, als wäre das Spiel nach der sechsten Runde benannt worden. Aber ein kurzer Blick auf die Trinkspielkarte Deutschlands: Wo sagt man was?

In Sachsen-Anhalt sagt man das Wort Flunkyball, als wäre es ein Flummiball. Die allermeisten sprechen das gleiche Wort aber englisch aus - als müsste heute alles so klingen, damit es cool klingt. Beides ist eindeutig Kategorie Zwei. Die ganz coolen Menschen aus Halle, Leipzig und Berlin sagen natürlich Bierball. Durch das Wort kann man sich zwar überhaupt vorstellen, was es mit dem Spiel auf sich haben könnte; doch irgendetwas fehlt. Und dann gibt es noch Leute, die das Spiel ernsthaft Sauf-und-Lauf nennen. - Das ist natürlich nicht

eindeutig Kategorie eins oder zwei zuzu-rechnen. Vielleicht können wir uns ja darauf einigen, dass die Regeln am Ende wichtiger sind als der Name. Also falls ihr euch im Sommer mit Fremden über die Spielregeln streiten müsst, hier kurz die Gos und No-Gos. Erstens: Teamabgabe ist ein Muss. Nichts macht das Spiel schneller langweilig als ein übermotivierte Spieler:innen, die ohne Kommentar das Feld räumen. Zweitens: Abgaberegeln festlegen, zum Beispiel mit einem Kronkorken. Denn noch schlimmer ist es, wenn die Übermotivierten auch unterinformiert sind, "Ich bin fertig!" grölen und währenddessen die letzten 2 Schlücke auf den Boden schütten. Drittens: Im Osten wird gefälligst mit einem halben Liter Bier gespielt. Wenn du deinen Hobbysport treiben willst, dann geh halt zurück in den Westen. *wag*

**Die Wände der Toilettenkabinen** in der Thulb sind auf einmal ganz kahl und schmutzig weiß! Während der Semesterferien wurden die sorgsam und über Jahre hinweg kuratierten Stickersammlungen, Liebeserklärungen und mit Edding und Bleistift ausgetragenen Debatten mit-leidlos entfernt. Damit verschwindet nicht nur das Entertainment während der Pipi-Pause, sondern auch Ausdrücke studentischer Erfahrungen. Sticker, die für Initiativen und Hochschulgruppen werben, Zeilen, die Herzschmerz und Leistungsdruck beklagen und Flyer, die zu Demonstrationen oder der Teilnahme an Umfragen aufrufen - sie symbolisieren das, was die Gemeinschaft an einer Universität aus-

macht und jetzt sind sie auf einmal alle futsch. Was genau diese tragische Säuberungsaktion ausgelöst hat, ist nicht ganz klar, doch lässt sich spekulieren, dass diese mit einem Machtwechsel an der Spitze der Bibliotheksleitung zusammenhängt.

So oder so ist dies nicht nur ein künstlerischer, sondern auch ein sozialer Verlust, welcher dem Toilettengang in der Klausurenphase seinen ganzen Reiz raubt und einen nun noch weniger vom unschönen Geruch und dem ewigen Gelerne ablenkt.

Zum Glück wird dieser Zustand der Tristesse sicherlich nicht lange anhalten und neue Sticker die Kabinenwände schmücken. Hoffen wir nur, dass diese dann auch dort bleiben dürfen. *ebe*

**akrützel** – gegründet 1989 und herausgegeben von den Studierendenräten der FSU – erscheint während der Vorlesungszeit alle zwei Wochen donnerstags. Redaktions-sitzungen sind öffentlich und finden jeden Montag um 18 Uhr in der Redaktion im UHG statt.

Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe:  
10. Mai 2024

Das Akrützel Nr. 438 erscheint voraussichtlich am:  
16. Mai 2024

Druck: Schöpfel Weimar  
Verteilte Auflage: 3.000

Chefredaktion: Johannes Vogt  
Satz und Gestaltung: Johannes Vogt  
Titelbild: Veronika Vonderlind

Redaktionsmitglieder:

Elisabeth Bergmann (*ebe*), Sandro Belkania (*sab*), Felix Domianus (*fed*), Catalin Dörmann (*cad*), Jakob Grathwohl (*jag*), Tim Große (*grot*), Nora Haselmayer (*noha*), Alexandra Kehm (*alke*), Vincent Kluger (*vik*), Henriette Lahrmann (*hela*), Stephan Lock (*sl*), Markus Manz (*mam*), Lars Materne (*lam*), Victoria Müller (*vim*), Ulrike Reimer (*ulll*), Bastian Rosenzweig (*bar*), Pauline Schiller (*pas*), Thorsten Schlicke (*ths*), Line Urbaneck (*liu*), Johannes Vogt (*ju*), Veronika Vonderlind (*vevo*), Felix von Wagner (*fw*), Götz Wagner (*wag*), Moritz Weiß (*mow*), Karolin Wittschirk (*kw*)

Adresse: **akrützel**, Friedrich-Schiller-Universität,  
Fürstengraben 1, 07743 Jena  
Telefon: 03641-9-400975  
E-Mail: [redaktion@akruetzel.de](mailto:redaktion@akruetzel.de)  
Internetseite: [www.akruetzel.de](http://www.akruetzel.de)

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Redaktionsmeinung entsprechen. Für unverlangt gesendete Einsendungen besteht keine Veröffentlichungspflicht. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Den Mitgliedern der Redaktion ist die Wahl zwischen generischem Maskulinum, Femininum, Ausschreibung von männlicher und weiblicher Form und der Verwendung eines Doppelpunktes bei Mehrpersonennennungen freigestellt. Das verwendete generische Maskulinum gilt für alle Geschlechter.



# DATEN ZUM KLUGSCHEISSEN

Wir haben zu viel Katapult gelesen und gedacht: Das können wir auch. Deshalb gibt es hier ein paar harte Fakten – ganz neutral, objektiv und wertungsfrei.

## JENA: EINE DER BILLIGSTEN STÄDTE

*Neue Studie zur Wohnsituation von Studierenden.*

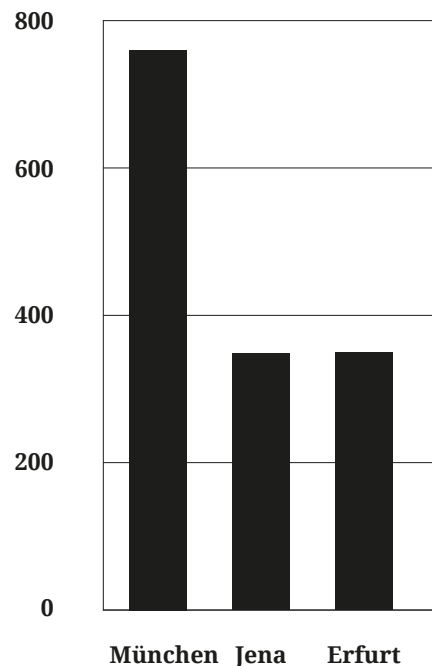
Die **Mietkosten** sind für Studierende im letzten Jahr massiv gestiegen, das geht aus der neuen Studie vom Moses Mendelssohn Institut (MMI) zu studentischen Wohnkosten hervor. Bundesweit müssen die Studierenden durchschnittlich 479 Euro pro Monat für ihre Wohnung bezahlen, in München beträgt die Monatsmiete sogar 760 Euro.

Das MMI hat außerdem festgestellt, dass die Durchschnittsmiete in den letzten zehn Jahren um 48 Prozent gestiegen ist. Die Wohnkostenpauschale der Bafög-Empfänger:innen ist seit 2013 hingegen nur 38 Prozent gestiegen und beträgt 360 Euro. Betroffen sind vor allem Millionenstädte und Städte mit großer Studierendenzahl. Laut der Studie zählt Jena zu den fünf günstigsten Hochschulstädten in Deutschland. Mit 348 Euro Durchschnittsmiete pro Monat

liegt Jena knapp vor Erfurt, wo die durchschnittlichen studentischen Wohnkosten 349 Euro betragen.

Die Studie untersucht vor allem die Mietpreisentwicklung in WGs. Die Mietkosten werden dabei durch die Angebote und Suchnachfragen auf *WG-Gesucht* bestimmt. Diese Preise spiegeln die Warmmieten in WGs mit zwei oder drei Personen wider, wo ein Zimmer unbefristet angeboten wird. Zimmerpreise, die auf länger bestehende Verträge zurückgehen, bilden die Grundlage für die Studie. Da sie unabhängig von aktuellen Preisschwankungen sind und die durchschnittliche Wohnsituation in Hochschulstädten gut abbilden. Für alle, die im Moment eine neue Wohnung suchen, ist die Situation also angespannter, sie können sich nicht auf alte und damit oft billigere Verträge verlassen. *sb*

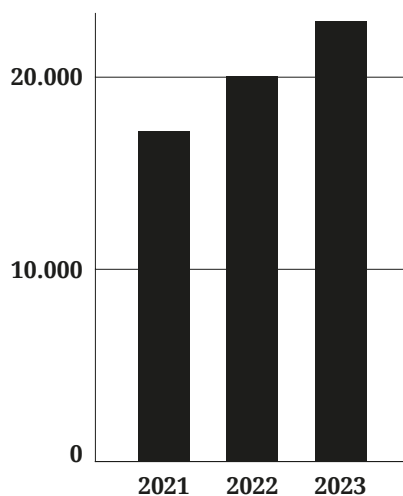
DURCHSCHNITTLICHE MIETKOSTEN FÜR STUDIERENDE IN EURO



## BAFÖG-AMT KOMMT NICHT HINTERHER

*Mehr Anträge, fehlende Digitalisierung und faule Studis: Deshalb dauern Anträge so lange.*

ANZAHL DER BAFÖG-ANTRÄGE IN THÜRINGEN



**Immer wieder erreichen** uns Beschwerden über die Dauer, die das Bafög-Amt braucht, um Anträge zu bearbeiten. Teilweise berichten uns Studierende aus Jena, dass sie sechs Monate warten müssen, bis ihr Bafög-Antrag angenommen wird. Deshalb haben wir mal nachgefragt, woran das liegt.

Das Studierendenwerk bearbeitet die Bafög-Anträge für ganz Thüringen. Darunter fallen 13 Hochschulen und Universitäten. Nach eigenen Angaben ist die Anzahl der Anträge in den letzten Jahren stark angestiegen und hat mittlerweile die 20.000er Marke überschritten. Dadurch komme es zwar zu Verspätungen, die Anträge würden aber innerhalb von drei Monaten bearbeitet werden.

Außerdem ist die Verwaltung bis heute nicht digitalisiert. Bund und Länder ha-

ben zwar ein digitales Antragsportal eingeführt, die Verwaltung der Anträge ist aber weiterhin analog. Es fehlt bis heute die Software, um Akten digital zu verwalten. Die online gestellten Anträge müssen deshalb immer noch ausgedruckt und analog verwaltet werden. Die ausgedruckten Dokumentenseiten innerhalb der Abteilung Studienfinanzierung sei laut Studierendenwerk deshalb sechsstellig. Das führt zu weiteren Verzögerungen. Immerhin soll sich das zeitnah ändern. Die Software für die digitale Verwaltung soll noch dieses Jahr eingeführt werden.

Ein bisschen Schuld wollte das Studierendenwerk, aber trotzdem auf Studierende abwälzen. Die langen Wartezeiten würden sich auch dadurch ergeben, dass fehlende Dokumente erst nach einiger Zeit nachgereicht würden. *jv*

# DEMOKRATIE? JA, ABER...

Thüringer am Telefon abgehört: Studie zur politischen Stimmung in Thüringen.

Auch im Jahr 2023 wurde der Thüringen-Monitor, eine Umfrage unter 1000 Bürger:innen zwischen September und November 2023 über die Demokratiezufriedenheit in Thüringen, durchgeführt. Neben Rechtsextremismus wurden Themen wie die Digitalisierung und der Fachkräftemangel erforscht. Mehr als die Hälfte der Thüringer:innen haben Angst, von der Entwicklung digitaler Technologien abgehängt zu werden. Als Antwort auf diese Sorgen schlägt die Studie „die Förderung der digitalen Kompetenzen“ vor.

Die Zahlen beim Fachkräftemangel fallen hoch aus: 80 Prozent der Thüringer:innen spüren im Alltag einen Fachkräftemangel, Dreiviertel davon sind am Arbeitsplatz direkt betroffen.

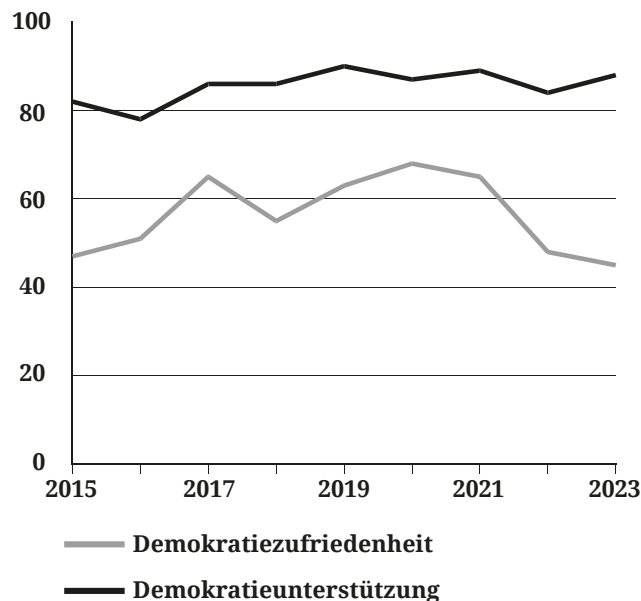
In der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist ein Anstieg von 12 auf 19 Prozent zu erkennen. Vermehrt haben sich vor allem antimuslimische und migrationsfeindliche Einstellungen - 59 Prozent der

Befragten finden, Deutschland sei „überfremdet“.

In dem Zusammenhang überrascht, dass neun von zehn Thüringer:innen davon überzeugt sind, Demokratie sei „die beste Staatsidee“. Allerdings nimmt die Zufriedenheit mit der in der Praxis erlebten Demokratie ab: Sie sank das dritte Jahr in Folge von 65 über 48 auf nur noch 45 Prozent. Fast jede:r Fünfte erwähnt einen Vertrauensverlust in die Bundes- und die Thüringer Landesregierung.

Frau Prof. Dr. Reiser, wissenschaftliche Leiterin und Institutsdirektorin für Politikwissenschaft an der FSU, nennt als Ursache die „Vielfachkrise, bestehend aus Kriegen, Klimawandel und Inflation“. Um antidemokratischen Einstellungen entgegenzuwirken, brauche es den Autor:innen zufolge mehr Partizipationsmöglichkeiten, „das Abbauen von Ungleichheiten“ sowie politische Bildung. ulli

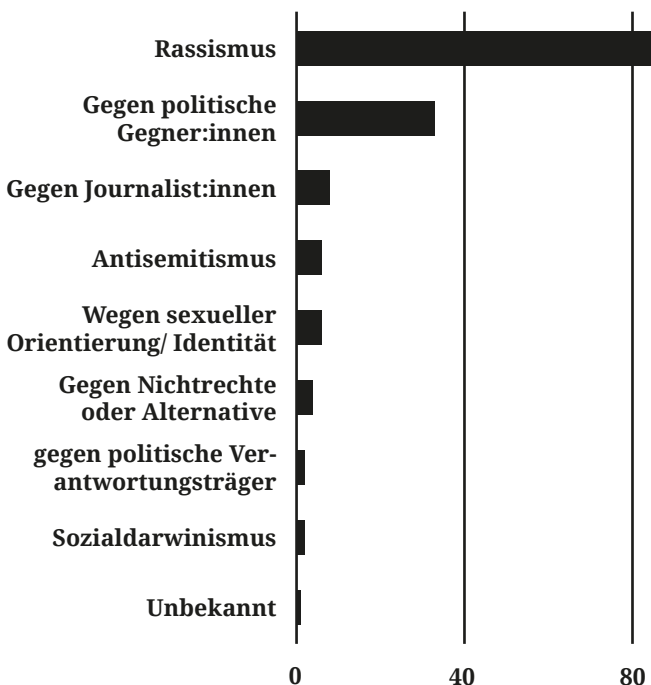
DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT IN PROZENT



Der Unterschied zwischen beidem: Zufriedenheit bezieht sich auf die Demokratie, in der wir leben. Unterstützung nur auf die abstrakte Idee Demokratie. Seit 2020 geht beides auseinander.

# RÜCKGANG RECHTER GEWALT IN THÜRINGEN

MOTIVE RECHTER ÜBERGRIFFE IN THÜRINGEN



Im gesamten Freistaat nahm die absolute Zahl der rechtsmotivierten Angriffe von 186 im Jahr 2022 auf 147 im darauffolgenden Jahr ab, das ergab ein unabhängiges Monitoring der Beratungsstelle Ezra. Zu sehen waren Rückgänge bei Angriffen auf Journalist:innen und bei rechten Demonstrationen im Zusammenhang mit Covid.

Die Zahl der Angriffe an bestimmten Orten hat sich deutlich verändert: Angriffe in Asylunterkünften und im Umfeld solcher nahmen von zwei auf 15 zu, Angriffe in öffentlichen Verkehrsmitteln von drei auf elf. Ein klarer Rückgang von 43 auf 13 ist hingegen auf Demonstrationen und im Umfeld dieser zu verzeichnen. Die Anzahl der in Wohngebieten stattfindenden Angriffe sank um die Hälfte. Im öffentlichen Raum, Sport- und Freizeitveranstaltungen und in Restaurants, Kneipen und Diskotheken blieben die Zahlen

entweder gleich oder zeigten nur geringe Unterschiede auf.

In Jena sanken die Angriffe von 21 im Jahr 2022 auf 13 im Jahr 2023. Die Inanspruchnahme der Beratungsstelle nahm im Vergleich zu 2022 jedoch zu. In Sonneberg nahm die Zahl der Übergriffe innerhalb eines Jahres von vier auf 20 zu. Der Landkreis mit dem ersten AfD-Bürgermeister landet damit auf Platz zwei in Thüringen, hinter Erfurt.

Diese statistischen Ergebnisse aus dem Jahr 2023 wurden am 10. April bei einer Pressekonferenz vorgestellt. Ezra ist ein Verein, welcher Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt berät und jährlich ein unabhängiges Monitoring zu rechter Gewalt in Thüringen durchführt.

Bedenken über erneute Eskalationen durch rechte Mobilisierung im Zusammenhang mit den kommenden Wahlen. ulli

# MARX WIRD CHEF DER UNI

*Die Hochschulversammlung hat Andreas Marx zum neuen Präsidenten gewählt. Ein Überblick, was bis jetzt über ihn und seine Pläne bekannt ist.*

Er ist Professor für organische Chemie, in hochschulpolitischen Kreisen schon als Drittmittelkönig bekannt und nun also auch neuer Präsident der Friedrich-Schiller-Universität: Andreas Marx. Der einzige vorgeschlagene Kandidat der Findungskommission stellte sich am 9. April in der Aula der Universität vor, bevor ihn die Hochschulversammlung anschließend in einer geheimen Wahl zur neuen Spitze der Uni wählte. Gespickt mit vielen gewonnenen Preisen listet Marx in einer Präsentation seinen umfangreichen Karriereweg auf. Dieser führte ihn vom norddeutschen Lübeck durch ganz Deutschland, nach England, in die Schweiz, Japan und schließlich nach Konstanz. Jena wird sein erstes Kapitel in Ostdeutschland sein.

Mit dem Wechsel von der jungen Universität Konstanz im reichen Baden-Württemberg zu einer unterfinanzierten Uni im armen Thüringen löst er beim Publikum einige Fragen aus. Warum reizt ihn das denn? Der Bodensee sei doch so schön. Aber Marx sieht in Jena eine forschungsstarke und lebendige Uni. Er will die eingespielten Prozesse der Uni bewerten, um sie mit seinen Erfahrungen von seiner letzten Station neu zu strukturieren. Von einem „so haben wir das schon immer gemacht“, will er sich nicht bremsen lassen. Sein großes Ziel sind die zwei Exzellenzcluster. Wissenschaftsübergreifende Forschungsfelder, die an der Uni von Bund und Ländern für das Projekt gefördert werden und Teil der Exzellenzstrategie sind, mit dem Ziel die deutsche Spitzenforschung zu unterstützen. Für das bereits vorhandene Exzellenzcluster und das Geplante will Marx die bestmögliche Un-

terstützung zur Verfügung stellen. Aber er will noch viel mehr. Mehr Nachhaltigkeit, mehr Übermittlung von Forschungsergebnissen nach außen und mehr Studierendenzahlen. Denn diese sollen die Attraktivität der Uni widerspiegeln. Aber wie soll der wissenschaftliche Nachwuchs, der dem neuen Präsidenten so am Herzen liegt, auch nach der Promotion weiter unterstützt werden? Wie steht Marx zur Prekarität von studentischen Hilfskräften? Und was sind seine Ideen für die Lehrkräftestrukturen? Das

Publikum ist hartnäckig und fasst ihn nicht mit Samthandschuhen an. Wenn er kurzfristig auf einzelne Fragen noch keine Antwort hat, kann Marx das zugeben. Er zeigt sich interessiert und will für die Themen weiter im Gespräch bleiben, konkrete Vorschläge fehlen ihm aber zu einigen Anliegen noch.

Ein Thema, das viele im Saal beschäftigt, und wozu man Marx Einschätzung hören will, ist der politische Elefant im Land. Obwohl es scheint, als ob Marx mit der dringlichen Nachfrage dieser Thematik an diesem Abend nicht gerechnet hätte, findet er passende Worte. „Ich lasse mich von ein paar blauen Hänchen nicht abschrecken.“ Aktuell sieht es zwar alles andere als nur nach ein paar AfDlern aus, aber der gute Wille ist da und der politische Rahmen ist gesetzt. In-

wieweit Marx dann später bereit ist, für die Uni öffentlich politische Stellung zu nehmen, wird sich nach dem Amtsantritt zeigen. Bis Marx vom zuständigen Thüringer Ministerium ernannt wird und sein Amt im Sommer antritt, bleibt die Uni in der Hand des Chemikers Georg Pohnert. *hela*



Aus dem Westen was Neues.  
Foto: Jens Meyer/Universität Jena

## LINKE VERKLAGT NITZSCHE

*Oberbürgermeister entlässt Chef von Jenakultur und wird wegen Intransparenz angezeigt.*

**Fast noch wichtiger** als der alte weiße Mann an der Spitze unserer Uni, ist der alte weiße Mann an der Spitze unserer Stadt: Thomas Nitzsche. Der hat sich mal wieder mit der Linksfraktion in die Haare bekommen. Er hat den ehemaligen Werksleiter von Jenakultur Jonas Zipf entlassen, ohne den Stadtrat davor zu fragen. Das alles ist schon eine Weile her. Zipf arbeitet schon seit 2022 nicht mehr bei Jenakultur, aber fast wie im Stura hallt auch hier das Echo der Vergangenheit nach.

Nach Auffassung der Linken ist der Oberbürgermeister Nitzsche dazu verpflichtet, vor Entlassungen hochrangiger Angestellter den Stadtrat zu fragen. Das schreibe

ihm die Kommunalordnung vor. Das Thüringer Ministerium für Kommunales und Inneres (TMIK) stimmt ihnen zu; Nitzsche widerspricht. Widerstreitende Rechtsauffassungen seien nicht problematisch, sondern gehörten zu einem demokratischen Rechtsstaat, schreibt Nitzsche auf Anfrage des Akrützel. Die zuständigen Behörden müssten den Fall jetzt klären.

Zipf soll während seiner Zeit als Werksleiter einem Projekt finanzielle Unterstützung zugesagt haben, ohne die Finanzierung vorher abzuklären. Dabei geht es um 299.000 Euro. Das Projekt hieß „The Diamond Maker“. Der Schweizer Künstler Christoph Büchel wollte darin sein ge-

samtes Werk verbrennen und gemeinsam mit seinem Kot zu Diamanten machen. Das ganze ist ins Wasser gefallen, Zipf wurde erst beurlaubt und einige Monate später entlassen. Gemeinsam hatten sie einen Auflösungsvertrag vereinbart, der bis heute nicht an die Öffentlichkeit gekommen ist.

Solche Verträge seien oft mit finanziellen Entschädigungen verbunden, schreibt die Linke auf Anfrage des Akrützel. In diesem Fall seien diese aber nicht angebracht. Deshalb versuchte die Fraktion Akteneinsicht in die Verträge zu bekommen. Da Nitzsche diese Versuche ablehnte, brachten sie eine Organklage auf den Weg: Fraktion gegen OB, Linke gegen Nitzsche. *jv*

# NAZIS AUS DER U-HAFT ENTLASSEN

*Neonazi relativiert Neonazis und wird freigelassen. Im Knockout-Prozess sagt Thüringer rechte Koriphäe Wieschke aus. Vor Gericht verteidigt er seinen Nachwuchs.*



Fünf Nazis auf der Bank - zwei angeklagt.



Vor dem Gericht bräut sich was zusammen.

Fotos: Redaktion

Als Patrick Wieschke - Thüringens NPD-Star - aus dem Gerichtssaal geführt wird, will ihm ein sympathisierender Neonazi die Hand reichen. Wieschkes Handfesseln verhindern das. Andere der knapp 20 aus Eisenach angereisten lächeln ihm zu oder verabschieden sich wehmütig.

Für den Landesvorsitzenden der Heimat (ehemals NPD) geht es zurück in U-Haft. Zuvor hat er vier Stunden im Knockout 51-Verfahren als Zeuge ausgesagt und die rechte Schlägertruppe als unpolitische Hobbyvereinigung relativiert. „Das eine ist Hobby, das andere Politik“, sagt er. In diesem Prozess müssen sich vier Führungsfiguren der rechtsextremen Gruppierung vor dem Staatsschutzsenat in Jena verantworten. Sie sollen in Eisenach einen Nazi Kiez aufgebaut und Gewaltdelikte gegen Personen begangen haben, die nicht in ihr Weltbild passen.

Im Hintergrund steht die Frage, wie es mit dem Zweckbündnis zwischen den Boomer-Nazis und Gen-Z-Schlägern aus Eisenach in Zukunft weitergeht. Bisher hatten sie sich immer unterstützt.

Deshalb wurde vor fünf Monaten auch Wieschke festgenommen. Er soll der Gruppe die Eisenacher NPD-Zentrale für Trainings zur Verfügung gestellt haben. Dort fand die Polizei ein Waffenlager. Kurz darauf äußerte er sich bei dem Haftrichter zu den Vorwürfen, obwohl er als Mitbeschuldigter eigentlich gar nichts sagen müsste. Ein ungewöhnlicher Vorgang, sonst ist eisernes Schweigen in der Szene Konsens. Einige Rechtsextreme betitelten Wieschke als „Kameradenschwein“ und stoppten eine ihm gewidmete Unterstützungskampagne

für den Tag der politischen Gefangenen.

Wirklich nachvollziehbar ist das nicht. Wieschkes Auftritt vor Gericht entspricht ganz dem rechten Narrativ. „Bislang macht er alles richtig“, kommentiert eine Zuschauerin aus dem engsten Umfeld der Angeklagten nach einer Weile. Wieschke macht zwar auch zu Straftaten der Gruppenmitglieder Angaben, neue Informationen kommen aber kaum ans Licht. Für ihn steht allein der geistige Kampf im Mittelpunkt, führt Wieschke aus. Von Gewalt distanziert sich der mehrfach vorbestrafte Neonazi. Andere im Gerichtssaal äußern sich unverblümt. „Die sollte man alle erschießen“, sagt ein Neonazi im Publikum über linke Zuschauer:innen. Im Prozess treffen auch die politischen Lager aufeinander.

## Auf freiem Fuß

Was sich der selbsternannte „bekannteste Rechte“ mit seiner Aussage versprochen hat, bleibt sein Geheimnis. Eine Antwort könnte der vergangene Donnerstag liefern: Wieschke wurde aus der Untersuchungshaft entlassen, drei Tage nach seinem Auftritt vor Gericht und pünktlich für die Kommunalwahl. Der 42-jährige Antiquar will erneut in den Eisenacher Stadtrat. Ein errungenes Mandat könnte er durch seinen eigenen Strafprozess wieder verlieren.

Höhere Strafen müssen die Angeklagten durch Wieschkes Aussageeifer nicht befürchten. Ohnehin läuft es für sie aktuell gut. Drei von ihnen durften nach zwei Jahren die Untersuchungshaft verlassen. Eine Fortdauer der Haft sei unverhältnismäßig. Linke Organisationen zeigten sich von der

Entscheidung enttäuscht und zogen Parallelen zu vergangenen Strafprozessen in Thüringen, als Neonazis mit geringen Strafen davonkamen. Ein Pressesprecher teilte der Redaktion dagegen mit, dass die Haftaufhebung für die späteren Strafen im Urteil nur eine geringe Aussagekraft habe.

## Doch keine Terrorzelle

Gleichzeitig verkündete das Oberlandesgericht, dass der Vorwurf der terroristischen Vereinigung endgültig vom Tisch ist. Eine solche Vereinigung liegt vor, wenn eine Gruppe ihre Ziele durch schwerste Straftaten wie Mord erreichen will. Die Bundesanwaltschaft sah das gegeben. In ihrer Anklageschrift heißt es, dass Knockout 51 linke Personen töten wollte. Auch der Bundesgerichtshof, das oberste Gericht für Strafverfahren, ordnete sie in einem Beschluss als Terrorgruppe ein. Gestützt wurde dies auf überwachte Gespräche, in denen von „Antifas umlegen“ die Rede ist oder erwogen wird, mit einem Auto in eine Menschenmenge zu fahren. Dem Gericht in Jena reicht das nicht. Schießtrainings oder die Bewaffnung der Gruppe würden noch nicht den Schluss rechtfertigen, dass Tötungen geplant waren, wird dem Akrützel auf Nachfrage mitgeteilt.

Das Gericht will die Beweisaufnahme bald schließen, dann könnte ein Urteil fallen. Erst danach wird sich zeigen, ob der Weg des Jenaer Gerichts einer Überprüfung standhält. Der Ball liegt dann beim Bundesgerichtshof.



# KEIN GELD FÜR STET

*Die Sparmaßnahmen der FSU treffen jetzt auch das letzte Heiligtum der Jenaer Studierendenschaft: Die Erstitage. Die Uni will kein Geld mehr geben und schickt die Fakultäten vor, denen es aber selbst an finanziellen Mitteln fehlt.*

**Wegen der Sparmaßnahmen**, die die FSU vergangenes Jahr beschlossen hat, stehen jetzt die Studierendeneinführungstage (Stet) auf dem Spiel. Die Mentor:innen sollen nicht mehr bezahlt werden. Einige FSRe haben deshalb angekündigt, sich nicht mehr um die Stet zu kümmern.

Die Uni hat im vergangenen Jahr Kürzungen beschlossen. Verschiedene Geldtöpfe wurden dabei verkleinert, unter anderem ein Topf für Sachmittel. Was damals noch nicht allen klar war: Davon werden auch Mentor:innen bezahlt. Es gab zwar die Zusage, die Töpfe für studentische Stellen nicht zu kürzen, also das Geld der Fakultäten für Hiwi-Stellen, damals habe aber niemand an einen zentralen Topf für Sachmittel gedacht, sagt Helen Würflein. Sie ist studentisches Mitglied im Senat der FSU und hat sich dafür eingesetzt, dass das Geld für Hiwis nicht gekürzt wird.

## Schlechte Kommunikation

Ob die Uni damals schon wusste, dass durch die Kürzungen das Geld für die Stet fehlt oder nicht, ist schwer zu sagen, informiert wurde jedenfalls niemand. Erst Ende des Jahres - fast ein halbes Jahr nach der Entscheidung - schrieb die Unileitung eine Mail an die Fakultäten, in der sie über die Situation der Stet informierte.

Die Studierendenschaft bekam auch davon nichts mit. Nur einige FSRe wurden von ihrer Fakultät informiert. Die Information sickerte langsam durch:

In der FSR-Kom, dem Zusammenschluss aller FSRe, wurde darüber beraten und eine Stellungnahme verfasst. Auch der Stura schloss sich ihr an. Erst dadurch bewegte sich die Universitätsleitung auf die Studierendenschaft zu. Die gibt sich jetzt offen und gesprächsbereit. Es gehe nicht darum, die Arbeit der Studierendenschaft weniger wertzuschätzen, schreibt der Kanzler in seiner Antwort. Er wolle jetzt gemeinsam an einer Lösung arbeiten - die Stet neu denken. Eine der Ideen: Die Fakultäten stärker einbinden.

Theoretisch könnten die Fakultäten das finanzielle Loch der Stet schließen: Sie bekommen Geld von der Uni zugewiesen. Wenn davon etwas übrig bleibt, geht es zurück an die Uni. Von den 2,6

Mio Euro, die alle Fakultäten für Hiwi-Stellen bekommen, gehen jedes Jahr 500.000 Euro zurück, weil sie nicht gebraucht werden. Dieses Geld würde reichen, um die Mentor:innen zu bezahlen. Dafür hat die Uni bisher nur 90.000 Euro jährlich ausgegeben.

Das Geld ist also da. Es liegt bei den Fakultäten, die in Zukunft anstelle der Uni die Mentor:innen bezahlen könnten. Es gibt aber ein Problem: Das Geld ist innerhalb der Fakultäten ungleich verteilt. Einige haben am Ende des Jahres Geld übrig, andere nicht.

Die Philosophische, Wirtschaftswissenschaftliche und Mathematische Fakultät haben zum Beispiel keines, sie könnten nach eigener Aussage die Mentor:innen nicht bezahlen. Bei vielen Fachschaften ist die Situation noch unklar, einige suchen jetzt das Gespräch mit ihrer Fakultät, um diese Frage zu klären.

Bisher wurden die Mentor:innen, diejenigen, die die Stet geplant und durchgeführt haben, zentral von der Uni bezahlt. Dem Kanzler ist dabei ein formaler Fehler aufgefallen. Von dort dürfen nämlich nur Verwaltungsaufgaben bezahlt werden. Mentor:innen zählen nicht dazu. Was die letzten Jahre gängige Praxis war, soll jetzt also rechtswidrig sein.

## Eine feste Zusage

Falls die Fakultäten nicht zahlen können, könne ein Antrag an die Universität gestellt werden, sagt der Kanzler. Er versichert

in einem Schreiben an die Studierendenschaft, dass er dafür Geld finden werde. Diese Zusicherung ist Ergebnis einer Studierendenschaft, die sich gemeinsam für ihre Interessen einsetzt. Ohne den Druck von Stura und FSR-Kom wäre sie sicherlich nicht zustande gekommen. Zwischen persönlichen Streitigkeiten und Haushaltskrisen vergisst man immer wieder, warum es eine Studierendenschaft braucht, aber hier zeigt es sich mal wieder. Ob sich der Kanzler an seine Zusage hält, bleibt allerdings abzuwarten.





# MAL WIEDER FIRLEFANZ IM STURA

*Die Wiwis gehen auch dieses Jahr mit leeren Händen aus dem Stura. Es gibt kein Geld für ihre große Party Friedrich tanzt.*

**Der FSR-Wiwi will** eine große Party schmeißen, das hat er schon des Öfteren gemacht und sie *Friedrich tanzt* (Frieta) getauft. Dieses Jahr wird das aber schwieriger, denn der Stura möchte kein Geld dazu geben, so wie auch schon im Jahr davor. Vorstand und FSR wollen nicht mehr zusammenarbeiten. Der Konflikt ist wahrscheinlich älter als viele der Sturamitglieder und auch der Beteiligten. Der Auslöser ist nicht mehr zu bestimmen, aber Florian Rappen hatte da auf jeden Fall seine Finger im Spiel – mal wieder der übliche Firlefanz.

9. April 2024 im Seminarraum 314: Der Vorstand hat einen Top auf die Tagesordnung gesetzt: Beteiligung der Studierendenschaft an der Veranstaltung „Friedrich tanzt 4.0“. Der Stura soll beschließen, dass er sich nicht an einer der größten von Studierenden organisierten Party beteiligt. Laut eigenen Angaben kamen zur Frieta knapp 3.000 Studierenden. Das ist bei 17.000 Studierenden in Jena keine schlechte Zahl.

Die Einladung zur Sitzung sorgt dementsprechend für Empörung bei den Wiwis. Sie werfen dem Vorstand Falschaussagen vor und brüsten sich als Anwälte der Stu-

dierenden. „Wir sind alle hier, weil wir was für die Studierenden machen wollen“, sagt Chantal Arsand auf der Sitzung. Wenigstens macht hier noch eine Hochschulpolitik für den kleinen Mann.

Der Vorstand verteidigt sich: Bei der letzten Frieta hätten die Klos noch wochenlang danach gestunken, außerdem seien viele der Putzkräfte nicht ausreichend bezahlt worden und es soll beinahe eine Massenpanik ausgebrochen sein.

## Das Echo der Vergangenheit

Der Konflikt ist aber größer als eine Party. Wenn man verstehen will, worum es hier geht, muss man mehr in den Blick nehmen. Der Vorstand und die Wiwis sind seit Jahren zerstritten: Die Wiwis zerpfücken traditionell jeden Haushalt, der vorgestellt wird, verlangsamen Prozesse im Gremium und arbeiten intransparent. Der Vorstand hat vergangenes Jahr die Finanzen der Wiwis unter Zwangsverwaltung gestellt. Jede Ausgabe des FSR geht seitdem durch das oberste studentische Gremium. Im Herbst gab es dann sogar polizeiliche Ermittlungen gegen Teile des FSR, wegen Verdachts

auf Betrug. Und: Der Stura hat schon 2021 ein Kooperationsverbot mit dem Förderverein der Wiwis und ihrer Hochschulgruppe Aktiv Engagiert Motiviert beschlossen. Deshalb haben die Wiwis kurzerhand eine GbR gegründet. Der Vorstand sieht dieses Verbot trotzdem verletzt.

Die Lage ist also emotional aufgeladen und das seit Jahren. Private Streitigkeiten führen mal wieder dazu, dass sich der Stura selbst lähmt. Statt Hochschulpolitik für Studierende zu machen, führen sie Streitereien für sich selbst. Das gilt nicht nur für den Vorstand, sondern auch für die Wiwis, die sonst jede Möglichkeit nutzen, um runzuzustänkern.

Man könnte an dieser Stelle mal wieder schreiben: Stura schaff dich ab, aber Zynismus ist Teil des Systems, das seine eigene Kritik integriert. Wer Witze macht, verändert nichts. Deshalb nehmen wir die Sache ernst. Und bitten darum, dass alle, die länger als drei Jahre im Stura sind, das Gremium verlassen. Damit mal wieder frischer Wind reinkommt und wir uns nicht weiter mit Konflikten der 2010er herum-schlagen müssen.

**Johannes Vogt**

# STUDI-TICKET LIEGT AUF EIS

*Wegen datenschutzrechtlicher Bedenken gibt es keine Einigung in den Verhandlungen um das Deutschlandticket für Studierende.*

**Die Verhandlungen zum** Deutschlandticket für Studierende sind festgefahren. Seit über einem Monat bewegt sich nichts mehr. Aber die Zeit drängt. Damit das Ticket überhaupt kommen kann, muss die Studierendenschaft in einer Urabstimmung zustimmen. Es handelt sich nämlich um ein Solidarmodell. Das heißt, die Studierendenwerke schließen unter Mitsprache der Studierendenschaften einen Vertrag mit den Nahverkehrsbetrieben vor Ort. Das Ticket wird dann vom Semesterbeitrag bezahlt, so wie bisher das Semesterticket – bloß dann für ganz Deutschland. Wenn alle bezahlen müssen, müssen auch alle mitbestimmen dürfen. Die Urabstimmung ist also notwendig, damit das Studiticket

überhaupt kommen kann. Die Studierendenschaft will deshalb zwischen dem 13. und 17. Mai diese Urabstimmung durchführen. Auch wenn die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Es wird ganz einfach über zwei Dinge abgestimmt. Einerseits über das Deutschlandticket für Studierende. Der Preis steht glücklicherweise im Bundesgesetz und liegt bei 29,40 Euro. Andererseits wird über den bisherigen Vertrag des Semestertickets abgestimmt. Dieser wird dann beibehalten und ruhend gelegt, wenn die Verhandlungen positiv verlaufen. Das hat auch den Vorteil, dass bei einer möglichen Preiserhöhung des Deutschlandtickets, der Vertrag wieder gekündigt werden kann und

das alte Semesterticket wieder gilt.

Das Problem bei den Verhandlungen sind die Daten der Studierenden. Das Ticket muss personalisiert sein, das schreibt das Bundesgesetz vor, das heißt irgendwie müssen die Informationen der Studis zu den Verkehrsbetrieben kommen. Das ist datenschutztechnisch leider ganz schwierig. Die Uni kann die Daten nicht einfach ohne Zustimmung weitergeben und den Verkehrsbetrieben ist es zu aufwändig, selbst die Informationen zu erfragen. Die Verhandlungen zwischen dem Studierendenwerk und den Verkehrsbetrieben sind deshalb seit über einem Monat festgefahren.

**Johannes Vogt**



# MIT RECHT HIGH

*Cannabis ist seit dem 1. April straffrei: Social Clubs wollen eine neue Kiffkultur aus dem Schatten der Kriminalität heben. Aber was ändert sich wirklich?*

In einem schäbigen Hinterhof eines Gewerbegebietes einer sehr schönen thüringischen Kleinstadt steht eine kleine Lagerhalle. Das Garagentor steht offen, die hohen Wände sind kalkweiß gestrichen. Die Halle ist leer, bis auf das laute Getöse eines Bautrockners, eines fahrbaren Gerüsts und einer Reihe schwerer Werkzeuge. Dass in dieser Halle eine Hightech-Grow-Anlage für einen Cannabis-Social-Club (CSC) entsteht, kann man sich nur schwer vorstellen.

Vor der Halle stehen die Gründer des CSC Erfurt, Dennis Gottschalk und Hermann Klett. Einer raucht – kein Gras. „Hier sollen mal zehn Anbauräume à elf Quadratmeter rein, jeder mit 25 Kilo Ertrag Cannabis pro Ernte.“

In ganz Deutschland haben sich Vereine gegründet, die ab dem 1. Juli eine Anbauvereinigung werden wollen. Man kann

von einem Ansturm sprechen. So auch beim CSC Erfurt: Mehr als 400 Leute hätten sich schon Monate vor der ersten Ernte bei ihnen gemeldet, so Klett. Pro Club sind eigentlich nur 500 Mitglieder erlaubt. Der größte Dachverband Deutschlands, CSC

## Und auch dieses Gesetz verbietet Besitz und Anbau.

Mariana, auch vertreten in Jena, hat mit allen Ortsgruppen insgesamt über 17.000 Mitglieder. Einige Ortsgruppen hätten sogar ellenlange Wartelisten.

Das zeigt: Kiffen ist nicht mehr ein Nischenthema einer kleinen Minderheit. 18 Millionen, rund ein Fünftel aller Einwoh-

ner:innen Deutschlands hätten im Leben bereits Erfahrungen mit der Droge gemacht, sagt das Bundesgesundheitsministerium. Und seit Jahren steigt die Zahl der Menschen, die angeben, sie hätten in den letzten 12 Monaten mindestens einmal gekifft – im Jahr 2000 waren es nur 6 Prozent aller Erwachsenen, 2021 10 Prozent. Das sind etwa 4,5 Millionen Menschen. Tendenz: steigend.

Die Cannabis-Legalisierung erfolgte in zwei Schritten: zuerst die Legalisierung von Besitz und Eigenanbau für den Privatgebrauch im April. Ab Juli kommen dann die Anbauvereinigungen.

Doch zurück zum 1. April: Cannabis wurde von der verbotenen Liste des Betäubungsmittelgesetzes gestrichen und hat ein eigenes Gesetz bekommen, das CanG. Und auch dieses Gesetz verbietet Besitz und An-

bau. Beides ist nur in einem bestimmten gesetzlichen Rahmen straffrei: eine Teillegalisierung. Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, dürfen drei lebende Pflanzen, 25 Gramm auf der Straße und zuhause insgesamt 50 Gramm besitzen. Alles, was diese Menge übersteigt, ist „unverzüglich und vollständig zu vernichten“, wie es das Gesundheitsministerium treffend formuliert.

Kiffen bleibt in der Öffentlichkeit auf den ersten Blick verboten: in Fußgängerzonen zwischen 7 und 20 Uhr, in Schulen, auf Spielplätzen, Sportplätzen und deren Sichtweite, vom Eingangsbereich aus. Zwischen diesen Orten entsteht in Jena ein übergreifendes Netz von Verbotszonen, das sich über weite Teile der Stadt erstreckt.

## Es ändert sich nichts - genauso wie im Kontrollverhalten der Polizei.

Diese Art Konsumverbot hat eine naheliegende Krux: Was hat es mit dem Mysterium der Sichtweite genau auf sich? Das CanG legt zwar eine Obergrenze von 100 Meter fest, ab der etwas nicht mehr als in Sichtweite gilt. Das Gesetz lässt die Unterschreitung dieser Grenze aber offen. Ein Beispiel: Wie soll ein Kiffer dann unter dieser Grenze ohne Risiko feststellen, ob sich die Schule im Paradiespark hinter Gestrüpp und Bäumen in Sichtweite befindet oder nicht?

Entscheidend ist wohl, dass Kinder und Jugendliche den Konsum auf keine Weise wahrnehmen können. Denn der Konsum in unmittelbarer Anwesenheit Minderjähriger ist ebenfalls streng verboten. Wer sich also auf der ganz sicheren Seite bewegen will, wird effektiv aus der Innenstadt verdrängt. Das CanG macht Gesetzeskonformes Kiffen

in der Öffentlichkeit schwierig, wenn nicht in Teilen unmöglich.

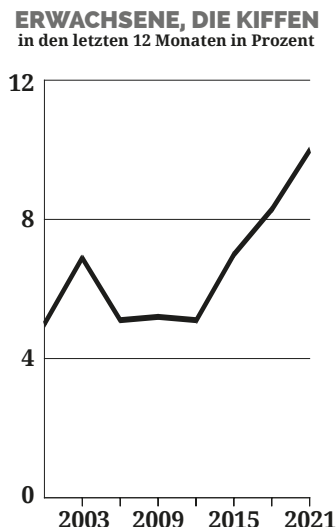
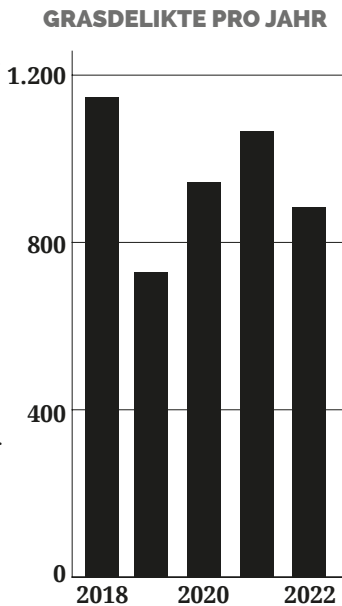
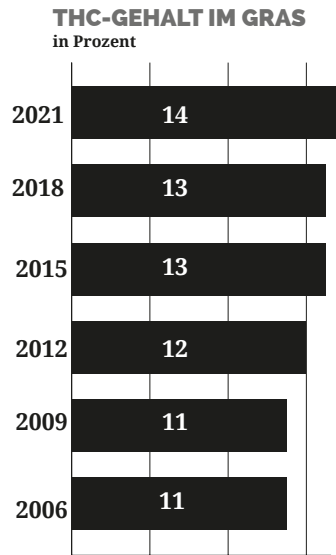
Es ändert sich also nichts - genauso wie im Kontrollverhalten der Polizei: Auf Anfrage des Akrützels teilte die Landespolizeiinspektion Jena mit, es sei keine wesentliche Änderung in der Herangehensweise bei der Prüfung von Sachverhalten mit Cannabisprodukten vorgesehen. Die Teillegalisierung könne nicht verhindern, dass in jedem Einzelfall geprüft werden müsse, ob die formulierten strafausschließenden Bedingungen erfüllt seien, oder ob eine Straftat vorliege.

Wie die Polizei die Sichtweite auslegt? Es gebe interne Handlungsanweisungen für die Abschätzung der einzuhaltenden Abstände. Es bleibt abzuwarten, ob unsere Freunde und Helfer im Zweifel mit einem 100 Meter-Maßband auftauchen.

### Der Schwarzmarkt bleibt

Der Besitz von Cannabis ist zwar mittlerweile erlaubt - das Cannabis auf der Straße wird jedoch die nächsten Monate weiterhin oft aus illegalen Quellen stammen. Denn: Der Verkauf von Cannabis wird vom CanG ausdrücklich verboten und wird es auch bleiben.

Aber gehen wir das Ganze durch: Wer am 1. April gepflanzt hat, darf nach drei Monaten mit der ersten Ernte rechnen, also frühestens Anfang Juni. Deshalb werden sich wohl die allerwenigsten für den Selbstanbau entscheiden: „Cannabis wächst zwar wie Unkraut, aber richtig gutes Gras ist eine richtige Herausforderung“, sagt Klett und fläzt sich im Campingstuhl. Beim Selfgrowing komme es häufig zu Schimmelbefall und Mikrobenbelastung. Und damit am Ende Geschmack und THC-Gehalt stimmen, müssen die Bedingungen perfekt sein: 22-26 Grad Celsius, siebzig Prozent Luftfeuchtigkeit als Setzling, später fünfzig. Was die Anbaume-



thoden betrifft, könne man sich an Erfahrungen zum Beispiel aus Ländern wie Kanada orientieren, um die perfekte Produktionstechnik zu erreichen. Mit drei Pflanzen, die man jetzt legal besitzen darf, lässt sich wohl kaum eine Stadt wie Jena versorgen.

Die Cannabisclubs können ihr erstes Gras im großen Maßstab natürlich auch erst ab dem 1. Juli anbauen. Das legt den Zeitpunkt der ersten Ernte wiederum in den September oder Oktober. Der Angriff auf den Schwarzmarkt mit dem 1. Schritt der Legalisierung schlägt also vorerst ins Leere.

In den nächsten Monaten könnte der Schwarzmarkt nochmal ordentlich Profit machen. Schätzungen zufolge werden in Deutschland jährlich etwa 200 bis 400 Tonnen Cannabis konsumiert. Geht man von einem durchschnittlichen Straßenpreis von 10 Euro pro Gramm aus, dann liegt auch bei niedrigen Schätzungen der Umsatz bei zwei Milliarden Euro. Das ist ungefähr vergleichbar mit dem Umsatz der deutschen Musikindustrie.

Wie sich der Schwarzmarkt entwickelt, bleibt mindestens bis zum Oktober abzuwarten. In Thüringen schwanken die Zahlen der Kriminalstatistik zu den Cannabis-Straftaten, die vor der Legalisierung begangen wurden - teilweise erheblich. Zuletzt sanken sie. Das liegt natürlich an dem großen Dunkelfeld, das die Statistik nicht abdecken kann. Eine Prognose wäre zur Zeit noch nicht möglich, so die Polizei.

Laut Gottschalk sind die Clubs eine ernsthafte Bedrohung für Dealer:innen.

Was eventuelle Angriffe der Mafia angeht, so habe der Club bereits Sicherheitsvorkehrungen entwickelt, die das Geschäft absichern. Wie diese Vorkehrungen genau aussehen, will er uns jedoch nicht verraten.

„Wir hätten das Potenzial, den Schwarzmarkt zu verdrängen, wenn man uns die Möglichkei-



ten gibt“, sagt Keno Mennenga, Pressesprecher vom CSC Mariana. Er spricht sein PR-Deutsch, auf eine sympathische Art - als hätte er es mit der Muttermilch aufgesaugt: „Wir hoffen, dass wir den allergrößten Teil des Bedarfes durch die Clubs decken können.“

Der Geschmack und die Qualität der Droge könne durch den professionellen Anbau perfektioniert werden. Die Droge soll nicht mehr verunreinigt und ohne einen extrem hohen THC-Gehalt erworben werden können. Das bekomme man zu einem unschlagbaren Preis. Der Grammpreis läge mit fünf Euro bei der Hälfte des Schwarzmarktpreises. Denn: Die CSCs dürfen keinen Gewinn erwirtschaften. Alle überschüssigen Einnahmen fließen in den Verein zurück.

Der CSC Mariana sieht sich als Schnittstelle zwischen Verein und Start-up und so hört es sich auch an: „Wir wollen nicht kommerziell sein, wir haben nur Bock, etwas aufzubauen.“ Jede Woche muss sich der gewählte Vorstand bei Mariana über Discord Rede und Antwort stellen. Eine von den Mitgliedern aus ihren Reihen gewählte Finanzaufsicht kontrolliert, ob die Entscheidungen auch zum Wohle aller getroffen werden. Es gibt digitale Umfragen und Chaträume: Das schafft eine clubinterne Öffentlichkeit. Kletts und Gottschalks Motivation für die Club-Gründung war die

Etablierung einer sozialen und verantwortungsvollen Cannabis-Kultur. Auch Mennenga sagt: „Wir wollen ein echtes Vereinsleben: Karten spielen, Grillen, Wettbewerbe für die schönste gezüchtete Cannabispflanze.“ Die Clubs sollen nicht nur Abholstationen sein. Die Abholung funktioniert beim CSC Mariana ganz ohne Bargeld. Die Mitgliedsbeiträge, gestaffelt von 10 bis 100 Euro, werden auf ein Konto gutgeschrieben. Von diesem Konto bezahlt man dann auch das Gras.

Es gehe auch um den Austausch und die persönliche Begleitung. Das CanG fordert die cannabisbezogene Aufklärungs- und Präventionsarbeit und Beratungs- und Behandlungsangebote. Im CSC Erfurt gibt es daher Sucht-, Jugendschutz- und Präventionsbeauftragte, die sich durch Kurse und Workshops weiterbilden müssen. Es sei enorm wichtig, dass es eine Ansprechperson gibt, die für alle bekannt ist. Die Gefahr der Sucht ist auch für die Social-Clubs ein wichtiges Thema, für das es professionelle Leute braucht. „Der Fallschirm ist unfassbar wichtig, wenn es darauf ankommt“, sagt Mennenga. Das CanG macht den Clubs da einen Strich durch die Rechnung: Kiffen innerhalb der Anbauvereinigungen ist nämlich auch verboten. Diese Regel verhindere, dass ein Safe Space für sicheres und gemeinschaftliches Konsumieren ent-

stehen kann. Auch Gottschalk beschwert sich über die „Antisoziale Regelung“. Das Soziale und Gemeinschaftliche sei wichtiger Bestandteil der Kifferkultur. Gemeinsames Kiffen muss nach dem CanG vorerst in andere Räume außerhalb der Anbauvereinigungen verlagert werden.

### Antisoziale Regel

„Die Regel ist dumm! Wir wollen nicht den gleichen Scheiß, den wir beim Alkohol gemacht haben“, sagt der Pressesprecher des CSC Mariana, Keno Mennenga. So fehle etwas ganz Wesentliches: „Du kannst doch niemandem irgendeine Droge in die Hand geben, sei es Tabak oder Alkohol und sagen: Geh mal dahin, wo dich keiner sieht!“

Mit dem derzeitigen CanG, wird Kiffenden kein Raum in der Öffentlichkeit gegeben. Die Logik des Gesetzgebers: „Wir erlauben es, aber wollen es nicht sehen. Als würde man uns doch noch verstecken wollen.“ Mennenga fordert: „Bringt es an das Licht der Öffentlichkeit!“

Auch im Ziel, den Schwarzmarkt zu verdrängen, steht sich das CanG selbst im Weg, so Mennenga. Denn theoretisch können die Behörden die Anzahl der Clubs auf nur einen pro 6000 Einwohner beschränken. „Wenn statt 500 Menschen, die in einen CSC dürfen, 700 Gras konsumieren möchten, dann haben 200 vielleicht keine Möglichkeit, legal an Cannabis zu kommen. Die bleiben dann beim Schwarzmarkt.“

Um den Schwarzmarkt effektiv bekämpfen zu können, bräuchte es doch noch einen dritten Schritt: Die Legalisierung des Verkaufs. Nur auf diese Weise könne auch der Bedarf von unregelmäßig Konsumierenden, die weder anbauen noch Vereinsmitglieder sind, aufgefangen werden.

Die große Hoffnung aller Kiffenden war es, endlich nicht mehr kriminell zu sein. Das hat sich zwar erfüllt. Doch das CanG fördert in der aktuellen Fassung weder die soziale Cannabiskultur und Gesundheitsschutz, noch schöpft sie das Potential der CSCs zur Eindämmung des Schwarzmarktes aus. Die Anbauhalle von Gottschalk und Klett wird wohl hoffentlich bis Mai fertig sein. Ihre Vision ist ein entkriminalisierter Safe Space, innerhalb dem gemeinschaftlich organisiert Gras von bester Qualität konsumiert werden kann. Dafür müssen sie weiterkämpfen.

**Catalin Dörmann  
und Götz Wagner**



Hauptsache versteckt.  
Illustration: Gina Fritzsche

# WO MAN IN JENA KIFFEN DARF

Das Gesetz ist neu, die Leute sind verwirrt. Wo darf man denn jetzt kiffen? Grundsätzlich gilt: entweder 100 Meter Abstand zu Schulen, Kindergärten, Sportstätten und allem, dem man sonst noch ein schlechtes Vorbild sein könnte oder außerhalb ihrer Sichtweite. In Jena fallen deswegen einige Orte schon von vornherein raus. In den schraffierten Gebieten solltet ihr jedenfalls den Joint lieber aus lassen.



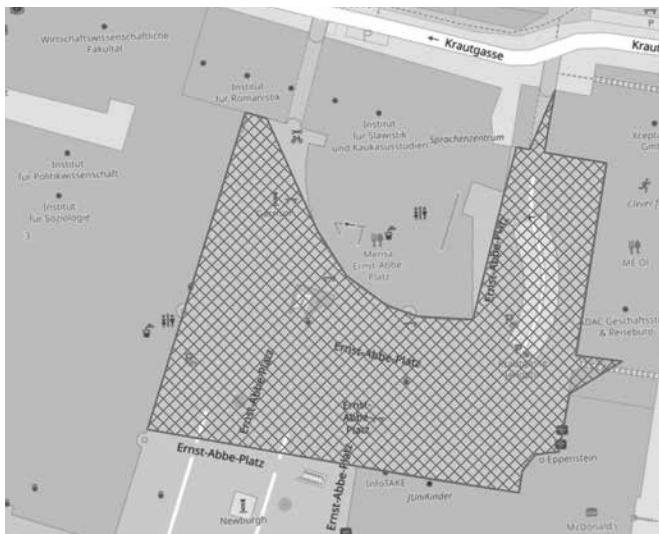
## FRIEDENSBERG

Auf dem Friedensberg ist die Sache noch relativ einfach. Der Kindergarten und Spielplatz blockiert einen Großteil der Wiese. Man kann sich aber hinter den Bäumen und dem Denkmal verstecken. Dort sollte die Sichtweite unterbrochen sein.



## RASENMÜHLENWIESE IM PARA

Der Para ist eigentlich vollständig von Schule und Skatepark eingenommen. Legal kann man deshalb nur auf der Straße an den Schienen kiffen. Viel Platz bleibt da nicht und gemütlich ist es sowieso nicht.



## ERNST-ABBE-PLATZ

Wer seine Regelstudienzeit überschritten hat, kann sich vielleicht noch an die vegane Mensa auf dem Ernst-Abbe-Platz erinnern. Dort ist jetzt ein Kindergarten. Deshalb mussten wir auch hier fast alles schraffieren. Auf den Bänken hinter der Mensa ist man aber vor den Blicken der Kindern geschützt.



## FROMMANNSCHER GARTEN

So richtig kompliziert wird es im Frommannschen Garten. Auch hier ist direkt nebenan ein Kindergarten. Der Garten ist nicht groß und deshalb immer innerhalb des 100-Meter-Radius. Man kann sich aber hinter den Hecken am Brunnen setzen oder ins Rondell. Ob das schon als Sichtschutz reicht, ist aber unklar.



# KOLLISION DER ERWARTUNGEN

*Bitte! Auto! Komm! treibt Neurotizismus auf die Spitze und Studierende ins Theaterhaus.*

**Die Katastrophe ist** unausweichlich. Jeden Augenblick wird ein Auto in das Haus der WG fahren. Ein schrecklicher Unfall wird es sein, da sind sich Sibylle, Toni, Mareike und Martin ganz sicher. Sie haben die Wahrscheinlichkeit – 100 Prozent – errechnet und in ihrem Audiologbuch festgehalten. Jetzt gibt es nichts mehr zu sagen außer: „Ich möchte mich bei euch bedanken“ und „Ich liebe euch.“ Als diese letzten Worte gesprochen sind, bricht Panik aus; gemeinsam schreien sie.

Doch es passiert nichts.

Wie sich herausstellt, ist für die WG das Nichteintreten des Unfalls die eigentliche Katastrophe.

## Geplagt von Paranoia

Im Gegensatz zu den im Theaterhaus Jena oft gezeigten phantastischen Inszenierungen, ist *Bitte! Auto! Komm!* klar im Hier und Jetzt verankert: Der vorgetragene Logbucheintrag am Anfang des Stücks ist auf Tag und Jahr der Aufführung datiert. Schlüsselszenen der Handlung verweisen auf die Grundpfeiler deutschen Kulturguts (Brot, Autos).

Die Zuschauer:innen erfahren nicht viel über die Figuren. Ob oder was sie studieren, was ihre Hobbys sind und Details über ihre Vergangenheit sind unwichtig. Von Bedeutung sind stattdessen



Wann kommt das Auto?  
Fotos: Joachim Dette

ihre Probleme und Gefühle. Die Wohngemeinschaft wechselt zwischen dem fieberhaften Überarbeiten ihrer Unfallsberechnungen und banalen Diskussionen. Temperatur und Luftdruck zu dokumentieren ist ebenso Teil des Zusammenlebens wie die Einigung auf die richtige Aussprache von Vanille und die beste Auftakttaktik für Tiefkühlprodukte.

Die meisten ihrer Möbelstücke haben sie verkauft, das Ende ist schließlich nah. Dennoch ist es eng in ihrem Haus und diese klaustrophobisch anmutenden Zustände spiegeln sich auch in ihren Gesprächsthemen wider. Die Mitbewohner:innen besprechen, wie man sich am besten aus Lawinen und zugefrorenen Seen befreit. Sie sind geplagt von Paranoia, Orientierungslosigkeit und der Angst, dass ihre schlimmsten Befürchtungen nicht eintreten. Das würde nur die Orientierungslosigkeit verstärken.

## Angstzustände und Identitätskrisen

Die Stückentwicklung unter der Regie von Nanine Maria Kok wirkt vermutlich besonders auf Studierende ansprechend, sowie auf diejenigen, die es einmal waren. Die Beschreibung von *Bitte! Auto! Komm!* lässt auf einen kurzweiligen Abend hoffen, der vor allem durch Humor geprägt wird. Aber es ist so wie mit dem falsch errechneten Unfalldatum: Manchmal kommt es eben anders als gedacht. Zwar hat das Stück durchaus witzige Momente, aber seine Stärke liegt in der feinfühligsten Darstellung der Lebensphase zwischen Schulzeit und Arbeitsleben. Die Phase, in der viele junge Menschen in einer WG leben und sich mit Gleichgesinnten an Angstzuständen und Identitätskrisen abarbeiten. *Bitte! Auto! Komm!* fängt eindrucksvoll den Schwebezustand ein, in dem man schon den Druck spürt, erwachsen zu sein, aber trotzdem in kindlichen Anwandlungen nur um sich selbst und Banalitäten kreist.

**Nora Haselmayer**

*Bitte! Auto! Komm!* feierte am 5. April Premiere. Die nächsten Vorstellungen sind am 25.04., 26.04., 25.05. und am 29.05.





# EIN POLITISCHES SPEKTAKEL

*Martin Debes analysiert in seinem neuen Buch die politische Landschaft Thüringens. Er beschreibt die Spielchen der großen Parteien, die einen fassungslos zurücklassen.*

Die Thüringer Landespolitik ist nichts für schwache Nerven. Für diese Erkenntnis hätte es eigentlich kein Buch gebraucht. Ein Blick in die letzten Jahre hätte gereicht: zur Wahl Kemmerichs, der sich mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten hat wählen lassen oder, wem das schon zu weit weg ist, zur Diskussion zwischen Höcke und Voigt. Jetzt gibt es aber trotzdem ein Buch, welches das Problem mal Detail für Detail aufschlüsselt. *Deutschland der Extreme* heißt es. Martin Debes beschreibt darin die politische Situation Thüringens. Er schaut hinter die Kulissen der großen Landesparteien und eröffnet einen Blick in einen realpolitischen Firlefanz, wie man ihn sonst nur aus der Jenaer Studierendenschaft kennt: Machthungrige Politiker streiten sich um Spitzenpositionen, Kommunisten werden zu pragmatischen Staatsmännern und ein Skiurlaub destabilisiert die Thüringer Politik nicht nur ein, sondern zweimal. Das traurige Fazit darin bleibt: Am Ende profitiert von all dem immer wieder die AfD.

## Wenn Journalisten Soziologen sein wollen

Das Buch hat eine klare Perspektive auf Politik. Sie wird darauf reduziert, was man in der Wissenschaft als Politics bezeichnen würde: Wer regiert mit wem, wer entscheidet was, wer bekommt welche Positionen. Die Beschreibungen dieser karrieristischen Politikwelt spickt Debes mit persönlichen Interviews der großen Landesväter und Mütter, wirtschaftlichen Kurzanalysen und gesellschaftlichen Kürzeststudien, wie dem Thüringenmonitor. Eine Analyse kommt dabei nicht ganz herum, eher eine Rekonstruktion, die einen fassungslos zurücklässt: Wie können solche Leute Politik machen?

Ein Beispiel: Nachdem Kemmerich zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, was selbst schon ein politischer Unfall gewesen ist, und nach kurzer Zeit wieder zurücktrat, wurde Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten gewählt. Er sollte für ein Jahr im Amt bleiben. Das war der Plan, die Realität sah anders aus.

Als sich der Thüringer Landtag ein Jahr später selbst auflösen wollte, fehlten die Stimmen dafür. Alle Parteien hatten einen Grund, warum es gerade gar nicht passt. Zuerst wurden die Neuwahlen verschoben, weil durch Corona eigentlich alle Parteien Zustimmung verloren hatten, dann ziehen CDU und FDP wegen internen Machtspielchen ihre Zustimmung zurück und einige Linke wollen nicht mit Coronaleugner:innen abstimmen. Die Neuwahl kommt nicht zustande. Ramelow bleibt im Amt.

Debes erklärt eigentlich nicht gerne den Osten. Die sogenannten neuen Bundesländer seien viel zu verschieden, um sie über einen Kamm zu scheren, schrieb er in einem Artikel für die Zeit



Debes kritischer Blick auf Thüringen  
Foto: Aufbau Verlag

Anfang des Jahres und ärgerte sich darüber, dass er mal wieder als Ostdeutscher zu einer Podiumsdiskussion nach München eingeladen wurde, um den Osten zu erklären.

Debes ist Ossi, wird aber nicht gerne darauf reduziert. Er ist in Jena aufgewachsen, hat hier studiert und hat einige Zeit das Akrüzel mitgeprägt. Heute ist er sowas wie bundesweiter Thüringen-Experte. Wenn hier etwas passiert, schreibt er für die großen Häuser der deutschen Medienwelt und erklärt der bundesdeutschen Öffentlichkeit das Land Thüringen. Genau das tut er auch hier, aber er reduziert es nicht auf Ostdeutschland.

Sein Buch liest sich deshalb auch als Identitätsprojekt. Thüringen ist mehr als der Osten. Hier lebte ein gleichnamiger Germanenstamm, der von von Passau bis Magdeburg reichte, hier herrschte ein feudaler Flickenteppich, der an allen Ecken Schlösser und Kulturstätten errichten lies, hier entstand die deutsche Nationalbewegung, die Romantik, das Bauhaus, die Sozialdemokratie und eine Brutstätten der NSDAP. Es ist, als wollte Debes sagen: Die Wende ist nur ein Vogelschiss in einer über tausendjährigen Thüringer Geschichte.

## Was soll dieses Buch?

Am Ende fragt man sich: Was soll dieses Buch? Es erklärt nicht, es beschreibt. Es gewährt einen Einblick in eine Welt, die gerne so groß und wichtig wäre wie House of Cards, sich aber eher so anfühlt wie ein Familienstreit. Politik wird dadurch als Spektakel entlarvt oder zu einem solchen gemacht. Wer sich gerne mit Tagespolitik beschäftigt, der kommt hier sicherlich auf seine Kosten. Es beschreibt Politik als etwas der großen Männer und Frauen, denen wir zuschauen, in dem wir keine aktive Rolle einnehmen. Für einen Journalisten, der nur beschreiben will, der nicht erklären und auch nicht verändern will, mag das verlockend klingen. Es führt aber auch zu einer apolitischen Position, die es leichter macht, die Dinge so hinzunehmen, wie sie sind.



Demo gegen das neue Ordnungsrecht in Berlin.  
Foto: Hands off Students Rights



# WEHRHAFTE HOCHSCHULEN

*In Berlin können Studierende bald wieder rausfliegen, wenn sie sich nicht benehmen. In Jena ist das in der Theorie schon lange möglich.*

**In Berlin soll** das Ordnungsrecht für Hochschulen und Universitäten wieder eingeführt werden. Durch die Verschärfung müssen Studierende bald wieder Exmatrikulationen durch ihre Uni-Leitung fürchten. Ordnungsrecht meint repressive Mittel der Unis, um auf studentisches Fehlverhalten zu reagieren. Das kann im schlimmsten Fall der Rauswurf von Studierenden sein. Grund für die Entwicklung sind erhitzte Debatten an Berliner Hochschulen, welche mittlerweile häufig Austragungsorte für den Nahostkonflikt sind. Im Februar kam es zudem zu einem gewalttätigen Angriff auf einen jüdischen Studierenden der Freien Universität Berlin durch einen Kommilitonen, der laut Medienberichten eine propalästinensische Haltung habe. Gegen ihn wird ermittelt.

## Alter Wein in neuen Schläuchen

Dieser Übergriff wird nun von rechten und konservativen Politiker:innen genutzt, um Protest an den Unis zu unterbinden. So lautet zumindest das Narrativ der Kritiker:innen des Berliner Gesetzes. Eine von diesen ist die Kampagne Hands off Student Rights, die eine Einschränkung der Politisierung der Unis befürchtet und deswegen zu Protesten aufruft. Die Plä-

ne der Politik überrumpelten die Gruppe in den Semesterferien. Am vergangenen Donnerstag gingen Hunderte auf die Straße, als im Abgeordnetenhaus das Gesetz behandelt wurde.

Der Konflikt über politische Exmatrikulationen als Ordnungsmaßnahme der Unis ist nicht neu. Bereits im 19. Jahrhundert zerbrachen sich die Staatsmänner regelmäßig die Köpfe, wie sie den revolutionären Geist durch studentisches Disziplinarrecht hemmen können. Im Zuge der 68er-Bewegung wollten die Länder einheitliche Regelungen schaffen, um wieder Ordnung an den Unis herzustellen. Durch erbitterten Widerstand konnten die Studierenden das Gesetz zunächst verhindern. In den 70ern trat es dennoch in Kraft, die Kritik blieb. Berlin reagierte und schaffte vor drei Jahren die damals als nicht mehr zeitgemäß empfundenen Sanktionsinstrumente ab. Nun plant die schwarz-rote Regierung die Rolle rückwärts. Die Hauptstadt könnte in Rekordzeit ihre progressive Handhabung mit studentischem Ungehorsam aufgeben. Der erste Antrag für eine Wiedereinfüh-

rung in Berlin kam im Februar von der AfD - unter dem Vorwand, Jüd:innen zu schützen. Die Vorschläge von Rechtsaußen finden sich in ähnlicher Form im Gesetzesvorschlag von CDU und SPD wieder. In der Gesetzesbegründung heißt es unter

anderem, dass aktuelle Protestaktionen mehr Handlungsoptionen der Uni-Leitungen erfordern.

Laut Verdi und verschiedenen politischen Akteur:innen ist eine Zwangsexmatrikulation aber

nie eine schnelle Maßnahme, sondern ein langwieriger Prozess. So könne das vorgeschlagene Gesetz Betroffene nicht effektiv vor Gewalt schützen und würde dem propagierten Opferschutz einen Bärendienst leisten.

## Nun plant die schwarz-rote Regierung die Rolle rückwärts.

### Ein schlafender Riese

Jedoch diene die Neuregelung der Repression von politischer Meinungsäußerung und erschwere Protestbewegungen in der Studierendenschaft. Außerdem entstünde so eine Paralleljustiz, indem Unis Studierende bestrafen können und das zusätzlich zu



einer gerichtlichen Verurteilung. Mit Berlin hat bald das letzte Bundesland - wieder ein Exmatrikulationsgesetz. In Thüringen können die Unis bei schwerem Fehlverhalten schon lange weitreichende Sanktionen aussprechen, die einem faktischen Berufsverbot entsprechen. Dafür soll extra ein Ordnungsausschuss gebildet werden. Die Entwicklungen in Berlin hat auch die FSU verfolgt. Das scharfe Schwert der Zwangsexmatrikulation kam aber bislang in Jena noch nie zum Einsatz, sagt die Pressesprecherin der Universität Katja Bär auf Anfrage des Akrützel. Stattdessen würden primär Maßnahmen nach dem Hausrecht, wie Hausverweise und in schweren Fällen auch Hausverbote, getroffen werden. Letzteres werde jedoch höchstens als letztes Mittel eingesetzt und es werde darauf geachtet, dass dennoch ein Studienabschluss möglich bleibe.

Nikolas Eisentraut, Juniorprofessor für Öffentliches Recht, sieht auch bei der Thüringer Regelung die Gefahr, dass unbestimmte Begriffe wie „ordnungsgemäßer Studienbetrieb“ benutzt werden können, um legitime Meinungsäußerungen zu sanktionieren. Für die dann erforderliche Korrektur könnten aber notfalls die Gerichte sorgen. Die Pläne in Berlin reichen aller-

dings noch weiter als die Thüringer Parallele. Das Ordnungsrecht kann schon greifen, wenn Einrichtungen der Uni für irgendwelche strafbaren Handlungen genutzt werden. Das kann bei Protestaktionen bereits vorliegen. Eisentraut kritisiert außerdem, dass weder die Thüringer Regelung noch

## Das scharfe Schwert der Exmatrikulation kam in Jena noch nie zum Einsatz

der Berliner Entwurf eine strafrechtliche Verurteilung voraussetzen. Bisher genügt es, dass die betroffene Person aus Sicht der Uni die strafbare Handlung begangen hat.

### Erst der Anfang

Das neue Gesetz in Berlin könnte erst der Anfang sein. Zumindest wenn es nach dem Wunsch der parteinahen Hochschulgruppen geht. In einer gemeinsamen Stellung-

nahme begrüßen die studentischen Bundesvereinigungen von CDU, Grüne, SPD und FDP, dass extremistische Studierenden exmatrikuliert werden. Dabei soll sich an den Einstufungen des Verfassungsschutzes orientiert werden. Die Vertreter:innen dieser Gruppen in Jena verhalten sich hierzu unterschiedlich. Die Juso-Hochschulgruppe Jenas widerspricht ihrem eigenen Bundesverband und erachtet ordnungsrechtliche Maßnahmen wie Exmatrikulationen als problematisch. Auch sie befürchtet, dass Proteste gegen rechtsradikale Professor:innen oder friedliche Sitzblockaden auf diese Weise kriminalisiert werden könnten. Die Liberale Hochschulgruppe der FSU befürwortet dagegen Exmatrikulationen zumindest als ultima ratio. Sie fordert, dass „alle extremistischen Bestrebungen“ gleich behandelt und keine „Gesinnungsrabatte“ gewährt werden.

Die einstimmige Stellungnahme lässt erahnen, dass sich auch andere Bundesländer ein Vorbild an Berlin nehmen und ihre Regelungen nachschärfen werden. Je nach politischen Mehrheiten dürfte es auch in Thüringen bald soweit sein.

**Pauline Schiller  
und Moritz Weiß**

SCAN ME



# Nicht auf Kuschelkurs

## Werde Abenteurer für Jugendhilfe-Reisen

- |              |                   |
|--------------|-------------------|
| Du bist      | Wir geben         |
| • Fachkraft  | • Freiheit        |
| • wetterfest | • Supervision     |
| • belastbar  | • 7.000 € / Monat |

[www.wendeblatt.de](http://www.wendeblatt.de)  
[loslegen@wendeblatt.de](mailto:loslegen@wendeblatt.de)



wendeblatt



# EIN DRITTER ORT FÜR JENA

*Die Stadtbücherei ist in ein neues Gebäude umgezogen und macht dort einiges richtig. Ein Text über Bücher, Menschen und gesellschaftliches Zusammenkommen.*

**Gläsern und hochmodern** strahlt ein neues Gebäude vom Rande des Engelplatzes in die Stadt. Vor dem Eingang bildet sich eine Schlange; und das unter der Woche

Hier, direkt neben dem Theaterhaus, hat Ende März das neue Zuhause der Ernst-Abbe-Bücherei seine Tore geöffnet. Neu ist nicht nur das Gebäude, sondern auch die Webseite und das Ausweissystem: daher übrigens die lange Schlange ungeduldig wartender Jenaer. Der alte Büchereiausweis muss zuerst umgetauscht werden, bevor die Tasche mit Büchern gefüllt werden kann.

Im Inneren erinnert nichts mehr an die muffige Stadtbücherei, die mit senfgelben Wänden und quietschendem Linoleumboden die letzten fünf Jahre in der ehemaligen Augenklinik untergebracht war.

## Mehr als nur Bücher

Über drei Stockwerke erstrecken sich hier nun Bücherregale, gemütliche Sitzcken und Arbeitsplätze. Unten flitzen Kinder durch die Regalreihen. Vor der Wand mit Zeitungen genehmigen sich Senior:innen einen Kaffee aus dem Automaten und einen Blick in die neuesten Schlagzeilen der OTZ. Im Obergeschoss lernen zwei Schülerinnen in den geräuschunterdrückenden Glaskästen für ihre Abiturprüfungen. Die Stadtbücherei ist jetzt lebendig und einladend, ein Ort, an dem man sich wohlfühlen kann und sich nicht immer mucksmäuschenstill verhalten muss.

Auch wer sich keinen Büchereiausweis gönnen will (der kostet für Studis 10 Euro im Jahr), kann sich hier in der Freistunde in einen Sessel am Fenster lümmeln, den Laptop an die Steckdose anschließen und sich darüber freuen, nicht um einen der un-



Die Ernst-Abbe-Bücherei will mehr sein als eine Bücherei.  
Foto: Felix von Wagner

bequemen Sitze in der Thulb rangeln zu müssen. Und wer doch Bock auf Literatur hat, findet hier eine angemessene Auswahl an Romanen und Sachbüchern verschiedener Genres und sogar verschiedener Sprachen.

Dieser neue Glaskasten macht Hoffnung, dass dritte Orte, an denen Generationen einer Stadt zusammenkommen können, möglich sind.

Aber selbst wenn dieser Raum viel Potenzial bietet, kann er nur das sein, was wir daraus machen. Hier also ein Appell: Geht in die Bücherei. Blättert durch eine Zeitung, leiht ein Buch aus oder lest kein einziges Wort. Setzt euch in einen Sessel, an einen Schreibtisch oder auf den Boden der Kinderbuchabteilung. Schwatzt mit euren Freund:innen, fragt jemanden was er oder sie gerne liest oder seid ganz still und beobachtet das Treiben. Macht diesen Ort zu eurem, und lasst dabei Platz für alle anderen.

Elisabeth Bergmann

dieUNIKATE - STRESSFREIES DRUCKEN & BINDEN  
DEINER ABSCHLUSSARBEIT.

Vereinbare einen Termin!

MO - MI | FR: 8:30 - 18:30 Uhr

Buchung: [termin.dieunikate.com](http://termin.dieunikate.com)

+49 (0)3641 20 76 912

Ort: Hinter der Kirche 2 | 07743 Jena



dieUNIKATE - Medien | Services®

AGENTUR - DRUCKEREI - VERLAG

★★★★★ service

ab 1/2 Std.

Produktionszeit

DEIN TERMIN



100% für DICH

# FÜR DAS FRÜHLINGSLOCH

Die Hausarbeiten sind abgegeben, die Klausuren noch weit weg. Da kann es schnell mal langweilig werden: genug Zeit für Rätsel.

1. Wie nennt sich die Rückseite dieser Ausgabe?
2. Der neue Uni-Präsi heißt nicht Karl, sondern....
3. Neue Bib und neue ...
4. Die ... Legalisierung erfreut Jung und Alt.
5. Wie wurde das Wetter nach der letzten Ausgabe?
6. Wie heißt unser allseits geschätzter Chefredakteur?
6. Synonym für Ersti-Tage
7. Wofür steht das 'b' in GbR?
8. Wie heißt die wissenschaftliche Leiterin des Thüringen-Monitors?
9. Nenne einen Grundpfeiler deutschen Kulturguts.
- 10 . Welches cineastische Meisterwerk fängt eine Jenaer Baustellenkamera ein?
12. Vorsicht bei der Aussprache!
13. Eine kürzlich gesäuberte Sticker-Leinwand befindet sich in den ...
14. Wichtig, daran teilzunehmen: Urabstimmung für das ...
15. Was ist Debes?
16. Was stieg zum Bedauern der Studis auch in Jena an?

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---



## KULTUR

### DIE BESTE SERIE 2024

Vergesst Nichtstadt, vergesst den Jena-Tatort, vergesst die Gottesdienst-Livestreams bei Jena TV – wenn euch der Blick aus dem Fenster nicht reicht und ihr eure Heimatstadt cinematisch aufbereitet auf euren Bildschirmen genießen wollt, solltet ihr einen Blick auf die Streamingdienste der FSU werfen. Abseits vom großen Tamtam des Mainstream-Kinos hat die Uni eine Produktion gestartet, die von epischer Länge ist und sich Marktgesetzen und wechselhaften Konsument\*innenforderungen geschickt entzieht: die Baustellen-Webcam am Inselplatz.

Dass vermeintliche aufmerksamkeitsökonomische Notwendigkeiten hier völlig außen vor gelassen werden, zeigen bereits der nüchterne, fast scheu wirkende Titel – BAUSTELLE INSELPLATZ – sowie die von jeglicher Effekthascherei befreite Kameraführung. Finesse hat man schlicht nicht nötig, genauso wenig wie Publikumsliebhaber oder Cliffhanger.



Die völlig unerwartete Anbringung und baldige Entfernung eines JenACAB-Schriftzugs könnte als Plot Twist fehlinterpretiert werden, ist aber nichts weiter als eine geschickte Karikatur konventionell-patriarchaler Erzähltechniken. Leichter Konsumierbarkeit verweigert man sich durch den Verzicht auf die Unterteilung in Folgen und Staffeln zugunsten eines sich nur vorgeblich alle vier Stunden aktualisierenden Kamerabildes.

Wer das Wagnis BAUSTELLE INSELPLATZ jedoch als leere Avantgarde, als sinnlose Turmbauerei um eines vermeintlichen Fortschrittes willen, als sterilen Formalismus betrachtet, geht fehl, denn was die Produzent\*innen hier betreiben, ist durchaus auch materialistische Praxis. Das ist – auch wenn an der Oberfläche nichts zu passieren scheint – eigentlich offensichtlich, wenn man die Rezeptionssituation als Ganzes in den Blick nimmt, denn hier passiert etwas Unerhörtes: Das Publikum sieht in unzuverlässiger Echtzeit dabei zu, wie eine unpopuläre Elite ihre Steuergelder – ihre Arbeitskraft, ihr Leid – für ein l'art pour l'art-Projekt verschwendet und das Ganze noch in aller nur denkbaren Impertinenz offen zur Schau stellt. Das ist politisch nicht korrekt, aber mutig. Man könnte sagen: Punk von oben.

Dennoch: Eindeutig ist der Streifen auch aus inhaltlicher Sicht nicht. Dem FSU-Indie-Projekt wohnt nämlich durchaus – auch das auf einschlägigen Streamingplattformen Mangelware – eine scharfsinnige Dialektik inne, die eine ideologische Vereinnahmung mindestens erschwert.

Denn diese sich jedem Behagen verweigernde, akademische Version eines DVD-Kaminfeuers ist ebenso gut als Kultur-, vielleicht sogar als Selbstkritik lesbar: Während Studierende zwischen NCs, Regelstudienzeitvorgaben und lustigen Ideen des Prüfungsamtes durch ihr Studium hasten und prekär beschäftigte Wissenschaftler\*innen triebhaft vor sich hin publizieren, um der erlösenden Entfristung einen kleinen Schritt näher zu kommen, baut man hier einfach in aller Ruhe ein Haus, das niemand braucht; man ist unvorhersehbar; man schert sich nicht um Konventionen wie die vermeintliche Notwendigkeit von Fenstern oder die Bezahlung des eigenen Personals; man ordnet sich dem Blick der anderen nicht unter. Scheinbar paradox ist die in BAUSTELLE INSELPLATZ porträtierte Baustelle Inselplatz nicht nur eine künstlerische Provokation, sondern auch eine spirituelle Mahnung, eine Ode an das Spiel und ein Hort des Nichtidentischen.

Obwohl ausschließlich Laienschauspieler\*innen und Laienbauherren eingesetzt werden, übertrifft BAUSTELLE INSELPLATZ mit rund 190 Millionen Euro sogar die Produktionskosten von Filmen wie Titanic oder King Kong. Ob die Ausgaben am Box Office wieder eingespielt werden können, bleibt fraglich, denn bisher ist das Angebot kostenlos. Zumindest scheinbar.



schaut rein!

## GESUNDHEIT DER GROBE JENSEITS-SOMMER- DIÄTRATGEBER

Es geht auf den Sommer zu und deshalb wollen Dich einschlägige Insta-Feeds, Beauty-Magazine und internalisierter Dickenhass wieder von der Notwendigkeit saisonaler Selbstoptimierung überzeugen? Suchst Du deshalb nach einer Diät, weißt aber nicht, welche Du ausprobieren solltest?

Das tut uns sehr leid für Dich. Damit der Schaden, den Du Dir und anderen bei der Suche zufügst, verringert wird, haben wir einen 4-Punkte-Diätplan ausgearbeitet, der Dir das Kopfzerbrechen erspart. Wir haben uns alles angeschaut und die universalen letzten Diät-Wahrheiten im großen JenSeits-Sommer-Diät Ratgeber für Dich zusammengestellt.

1. Zähle keine Kalorien, Makros, Schritte und Stunden bis zur nächsten Mahlzeit. Zahlen werden seit der Aufklärung sowieso viel zu ernst genommen, dabei sind die nicht gar nicht so gut, hat Adorno mal gesagt. Wische damit Bryan Johnson, der Fitnessindustrie und Deiner friesen Mathelehrerin eins aus und lobpreise die Dialektik. Subversive Aktion ja. Außerdem bleibt Dir so mehr brainspace, um über die Länge eines Meters nachzudenken.

2. Vertraue keinem Diät-Ratgeber. Vergesse, was ein performativer Widerspruch ist und lies den nächsten Punkt.

3. Vermeide es, vor und nach 18 Uhr empfindungsfähige Lebewesen zu essen. Dadurch strafen sich deine Ohr läppchen und Du kannst höher springen. Außerdem musst Du Dir nicht ständig Rechtfertigungen dafür ausdenken, dass für Deinen ganz bewussten Konsum ständig jemand abkratzen muss. Dass man dieser Regel auch beim Picknick im Para folgen kann, ist schon seit Adam und Eva klar.

4. Nimm nicht ab. Es könnte auch der Enkeltrick sein.



WICHTIGE EVENTS IM MAI ! WICHTIGE EVENTS IM MAI ! WICHTIGE EVENTS IM MAI ! WICHTIGE EVENTS IM MAI ! WICHTIGE EVENTS IM MAI ! WICHTIGE EVENTS IM MAI !

### 10.–12. Mai Die große Kunstaussstellung „Unbehagen für Alle“

Kunst, Kultur und Dosenbier im Haus  
Freitag, 20 Uhr: Eröffnungsparty mit DJ Waldgeist  
Samstag, 11–20 Uhr: Ausstellung  
Sonntag, 11 Uhr: Kunstbrunch



### 20. Mai Tag der Maße und Gewichte

Der Tag der Maße und Gewichte geht auf die Gründung des Bureau International des Poids et Mesures zurück, das unter anderem festlegt, wie lang ein Meter ist. Zum zweitägigen Festakt gehören unter anderem lange Gespräche über die Frage, ob es „Zollstock“ oder „Meter“ heißt, das europäische Finale im Mofawerftwurf sowie der traditionelle Schwanzvergleich. Übrigens: Während die Länge eines Meters am Gründungstag im Jahre 1975 noch bei 167,44 cm (rund 240 D-Mark) lag, wird sie dieses Jahr am 20. Mai nur noch knapp 98 cm betragen.